

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2009

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2009



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Verabschiedet von der Mitgliederkonferenz der SP MigrantInnen vom 18. Mai 2019

1. Für ein Recht auf Arbeit für alle

Wer arbeitet, hat soziale Kontakte, erfährt Wertschätzung und kann sich beruflich und persönlich weiterentwickeln. Wer nicht arbeiten kann, hat finanzielle Sorgen und lebt oft am Rande der Gesellschaft. Von Erwerbslosigkeit ist in der Schweiz keine Gruppe so stark betroffen wie die MigrantInnen ohne Schweizer Pass. Geht es der Wirtschaft schlechter, verlieren sie als erste ihren Job und werden als erste bei Neuanstellungen diskriminiert.

Das wollen die SP MigrantInnen erreichen:

1. Um wirksamer gegen Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt vorgehen zu können, fordern wir Sensibilisierungskampagnen. Alle Unternehmungen und Behörden müssen sich der sozialen Vielfalt unserer Gesellschaft bewusst sein und diese in ihrem Bereich umsetzen. Jugendliche mit Migrationshintergrund dürfen beim Zugang zu Lehrstellen nicht benachteiligt werden, und es braucht die Möglichkeit, anonymisierte Stellengesuche einzureichen. Der Zugang zur Justiz muss erleichtert, die Beweislast vereinfacht und die Verfahrensrisiken vermindert werden.
2. Diplome und die vielfältigen Qualifikationen und Erfahrungen, die aus den Herkunftsländern mitgebracht werden, müssen vereinfacht anerkannt werden. Beim Zugang zu Stipendien dürfen MigrantInnen nicht weiterhin benachteiligt werden. Das Angebot der Arbeitslosenversicherung für Massnahmen einer aktiven Arbeitsmarktpolitik muss deutlich ausgebaut werden, namentlich für Weiterbildungen und Umschulungen, einschliesslich Berufslehren, nicht allein für Junge, sondern auch für Erwachsene und alle Formen von Nachholbildung.
3. Wir erwarten von den Gemeinden, dass sie bereits Asylsuchenden eine sinnvolle Beschäftigung im Dienste der Gemeinschaft anbieten. Alle, die das wollen, sollen sich möglichst frühzeitig auf die volle Teilhabe am ersten Arbeitsmarkt vorbereiten können.

2. Für die Ausweitung der Bürgerrechte und der politischen Teilhabe

Mehr als zwei Millionen Menschen – ein Viertel der Bevölkerung – haben kein Stimm- und Wahlrecht und sind vom politischen Prozess weitgehend ausgeschlossen. Dieses gewaltige demokratische Defizit ist unannehmbar. Ohne politische Teilhabe ist der Weg zu einer erfolgreichen Integration stark erschwert. Statt Gegensteuer zu geben, wird das Problem heute aufgrund neuer Hürden zur Einbürgerung verschärft, die Zahlen sind rückläufig. Unsere politischen Gegner machten aus der Abstimmung über die erleichterte Einbürgerung der dritten Generation eine Grundsatzfrage. Dennoch stimmten am 12. Februar 2018 über 60% der Stimmenden der Vorlage zu. Das war ein starkes Signal, dass eine deutliche Mehrheit das Einbürgerungsverfahren grundsätzlich erleichtern will.

Das wollen die SP MigrantInnen erreichen:

1. Die Einbürgerung muss erleichtert und Einbürgerungshürden abgebaut werden. Gebühren und Aufenthaltsfristen müssen gesenkt, die Sprachanforderungen vereinfacht und der Spracherwerb durch die öffentliche Hand gefördert und erleichtert werden. Härtefallklauseln sollen den persönlichen Umständen mehr Gewicht verleihen und eine Protokollierungspflicht und das Recht auf Begleitung Willkür und Zufall im Einbürgerungsverfahren den Riegel schieben. Die im Rahmen der Integrationsförderung bestehenden Informations- und Beratungspflichten von Bund, Kantonen und Gemeinden müssen endlich wahrgenommen und umgesetzt werden.
2. Unser Ziel ist und bleibt, dass alle ohne weiteres eingebürgert werden, die seit einer bestimmten Frist in unserem Land niedergelassen oder hier geboren sind (ius soli). Ebenso sollen niedergelassene Personen ohne Schweizer Pass nach einer bestimmten Frist automatisch das kommunale

le und kantonale Stimm- und Wahlrecht erhalten. Niederschwellige Angebote und Programme sollen schon heute allen den Einstieg in die Politik erleichtern und diesen fördern.

3. In allen Behörden und Institutionen, die im direkten Kontakt mit der Bevölkerung stehen, muss der Diversität des Personals weit grössere Beachtung als heute geschenkt und eine angemessene Vertretung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sichergestellt werden. Personen mit doppelten Staatsbürgerschaften können dabei als Brückenbauer eine zentrale Rolle spielen. Mehrfache Staatsbürgerschaften unterstützen mehrfache Zugehörigkeiten und stärken grenzüberschreitende Formen der Demokratie und die Integration.

3. Gleiche Würde und gleiche Chancen für Migrantinnen

Migrantinnen stehen für unterschiedlichste Wirklichkeiten: sie üben verschiedenste Tätigkeiten aus, verfügen über zahlreiche Qualifikationen und Fähigkeiten und bringen höchst verschiedenartige Erfahrungen mit sich. Dieses grosse Potenzial kommt aber vielfach kaum zum Tragen. Vielmehr sehen sich die meisten Migrantinnen mit einer doppelten Diskriminierung konfrontiert: Sie werden als Migrantin und als Frau weniger wahrgenommen und bekommen weniger Chancen sich einzubringen, mitzureden und mitzubestimmen. Ihr Zugang zu Arbeit, Bildung und Politik ist ungenügend. Migrantinnen werden oft vergessen oder als passiv dargestellt. Das muss sich ändern.

Das wollen die SP MigrantInnen erreichen:

1. Vom Diskriminierungsschutz zur positiven Aktion. Die gleiche Würde und die gleichen Rechte von Migrantinnen müssen endlich anerkannt, ihre Aufenthaltsstatus unabhängig vom Zivilstand sichergestellt und ihre Gleichstellung durch gezielte Programme aktiv gefördert werden.
2. Politische und gesellschaftliche Sichtbarkeit und Mitwirkung von Migrantinnen. Es darf nicht länger sein, dass viel über, aber kaum mit Migrantinnen gesprochen wird. Die Stimme der Migrantinnen muss endlich in Politik, Gesellschaft und dem alltäglichen Leben gehört werden und Migrantinnen bei öffentlichen Auftritten und auf Wahllisten angemessen vertreten sein.
3. Volle Teilhabe von Migrantinnen in Bildung und Arbeit. Mutter-Kind-Spracheangebote, gezielte Zugänge für junge Mütter zu Lehrstellen, Unterstützung auf dem Weg zu Existenzgründungen, gezielte Mentoringprogramme zur Anerkennung von Diplomen und der Validierung von beruflichen Fähigkeiten sollen den Zugang von Migrantinnen zu Bildung und Arbeit verbessern.

4. Eine inklusive Gesellschaft, welche die Diversität und gleiche Würde anerkennt

Die Herkunft der Bevölkerung in der Schweiz weist im Vergleich zu anderen europäischen Ländern eine besonders grosse Vielfalt auf. 46% der Wohnbevölkerung hat mindestens einen Elternteil, der im Ausland geboren ist, unter den 15–64jährigen ist es gar über 50%.

Das wollen die SP MigrantInnen erreichen:

1. Die Politik muss die neue gesellschaftliche Realität anerkennen und durch einen umfassenden Diskriminierungsschutz und Förderprogramme für tatsächliche Gleichstellung und eine inklusive Gesellschaft sorgen.
2. Es braucht eine neue Partnerschaft zwischen Behörden, religiösen Gemeinschaften und jenen, denen Religion gleichgültig ist. Alle verdienen Respekt und Anerkennung, die sich auf dem festen Boden der Menschenrechte bewegen.
3. Racial Profiling muss aufhören. Die staatlichen Ordnungskräfte müssen Massnahmen entwickeln, einführen und deren Anwendung überwachen, die geeignet sind, eine diskriminierungsfreie Einsatzpraxis zu garantieren.